N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung am 28.04.2016**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:32 Uhr bis 18:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Anja Krimmling-Schoeffler	Ausschussvorsitzende Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM Vertreterin für Frau Dr. Schöps
Lutz Haake	sachkundiger Einwohner
Jana Kozyk	sachkundige Einwohnerin
Matthias Lux	sachkundiger Einwohner
Dirk Neumann	sachkundiger Einwohner

Gast:

Dr. Dennis Müller	Geschäftsführer u. Zoodirektor Halle (Saale)
-------------------	--

Entschuldigt fehlten:

Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Prof. Dr Reinhold Sackmann	sachkundiger Einwohner
Guido Schwarzendahl	sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Krimling-Schoeffler eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Frau Krimling-Schoeffler** bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Herrn Dr. Müller wurde das Rederecht für Punkt 5.3 erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 21.01.2016
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Einrichtung eines „Sozialrathauses“ - Grundsatzbeschluss zur räumlichen Bündelung von sozialen Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01429
 - Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage zur
 - 4.1.1 Einrichtung eines „Sozialrathauses“ - Grundsatzbeschluss zur räumlichen Bündelung von sozialen Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) (VI/2015/01429)
Vorlage: VI/2016/01608
 - 4.2. Soziale Wohnraumversorgung in Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2015/01549
 - 4.3. Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/01733
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels
Vorlage: VI/2015/01296
 - 5.2. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Schaffung von Sozialwohnungen im Rahmen von Wohnungsbau- oder Sanierungsprojekten der HWG

und GWG
Vorlage: VI/2015/01404

- 5.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Erreichbarkeit des Zoos mit öffentlichen Verkehrsmitteln
Vorlage: VI/2016/01653
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 21.01.2016**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Frau Krimmling-Schoeffler** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Einrichtung eines „Sozialrathauses“ - Grundsatzbeschluss zur räumlichen Bündelung von sozialen Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: VI/2015/01429**

Herr Heinz regte an, die Vorlage zu vertagen. Derzeit laufen Untersuchungen zu den Organisationseinheiten, die in einem „Sozialrathaus“ zusammengefasst werden könnten. Diese Prüfungen werden zumindest im Mai noch nicht abgeschlossen sein.

Frau Krimmling-Schoeffler bat um Abstimmung:

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner: **vertagt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) bekennt sich zum Aufbau eines „Sozialrathauses“ und der Bündelung von verschiedenen sozialen Leistungen unter einem Dach.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Neustädter Scheibe (besonders: Scheibe A) als Vorzugsimmobilie für die Errichtung eines „Sozialrathauses“ zu prüfen. Dazu ist dem Stadtrat ein Nutzungs- und Finanzierungskonzept bis

September 2016 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage zur Einrichtung eines „Sozialrathauses“ -
Grundsatzbeschluss zur räumlichen Bündelung von sozialen
Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) (VI/2015/01429)
Vorlage: VI/2016/01608**

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner: vertagt

Abstimmungsergebnis Stadträte: vertagt

Beschlussvorschlag:

- ~~1. Die Stadt Halle (Saale) bekennt sich zum Aufbau eines „Sozialrathauses“ und der Bündelung von verschiedenen sozialen Leistungen unter einem Dach. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Optimierung der Verwaltungsstandorte auszuarbeiten und dem Stadtrat bis zur seiner Sitzung am 22. Juni 2016 zur Beschlussvorlage vorzulegen. Dabei sind folgende Maßgaben bzw. Eckpunkte für die mögliche Neuordnung von Verwaltungsstandorten und -einheiten zu berücksichtigen:~~
 - ~~Bürger- bzw. kundenfreundlichere Bereitstellung städtischer Dienstleistungen~~
 - ~~Effektivitäts- und Effizienzgewinne sowie Einsparungen durch die Nutzung von Synergien und den Abbau von Doppelstrukturen~~
 - ~~Positive Effekte auf das Liegenschaftsportfolio der Stadt sowie auf die generelle Stadt- und Quartiersentwicklung, insb. im Umfeld bestehender und potentieller Verwaltungsstandorte~~
 - ~~Auswirkungen auf den ÖPNV~~

- ~~2. Der Oberbürgermeister Sollte das o.g. Konzept für die Einrichtung eines Verwaltungsstandortes sprechen, der insbesondere soziale Dienstleistungen des Geschäftsbereichs IV bündelt, wird die Stadtverwaltung beauftragt, eine Neustädter Scheibe (besonders: Scheibe A) sowie einen Verwaltungsneubau in der Schimmelstraße 6 als Vorzugsimmobilien für die Errichtung eines „Sozialrathauses“ zu prüfen. Dazu sind ist dem Stadtrat ein Nutzungs- und Finanzierungskonzepte bis September 2016 zur **Abwägung und** Beschlussfassung vorzulegen.~~

**zu 4.2 Soziale Wohnraumversorgung in Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2015/01549**

Frau Brederlow brachte die Vorlage ein.

Herr Koehn sagte, dass die Probleme in Neustadt und die in der Altstadt getrennt voneinander betrachtet werden müssen.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass die GWG bereits solch ein Konzept hat. Die Hauptmieter der GWG sind die Mieter, die in der Vorlage angesprochen werden. Er schlug die Anhörung der Geschäftsführung vor, um das Konzept vorzustellen.

Herr Bernstiel gab zum Ausdruck, dass sich in die Arbeit der Wohnungsgesellschaften nicht eingemischt werden sollte.

Herr Feigl stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung mit der Bitte um Darstellung des Konzepts.

Frau Kozyk sagte, dass sie das Konzept vorstellen kann jedoch nur im nicht öffentlichen Teil der Sitzung und unter Ausschluss der Mitbewerber.

Herr Sprung fragte, ob eine Aufarbeitung des Konzepts so möglich ist, dass man es öffentlich behandeln kann.

Frau Kozyk verneinte dies.

Herr Haake sagte, dass er an dem Tagesordnungspunkt nicht teilnimmt.

Herr Bernstiel sagte, dass die Vorlage gleich abgelehnt werden sollte bevor Mitglieder zur Sitzung nicht kommen beziehungsweise nicht öffentliche Informationen an die Öffentlichkeit gelangen.

Frau Krimmling-Schoeffler bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags:

Abstimmungsergebnis GO-Antrag auf Vertagung: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner: **vertagt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Geschäftsführung wird angewiesen, ein Konzept zur sozialen Wohnraumversorgung in Halle-Neustadt zu erarbeiten.
2. Das Konzept ist unter Berücksichtigung folgender Eckpunkte zu erstellen:
 - a. Personengruppen mit Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein nach Wohnraumförderungsgesetz sowie Bezieher von KdU erhalten durch den Einsatz von subjektbezogenen, flexiblen Mietpreis- und Belegungsbindungen die Möglichkeit, Wohnungen in Beständen der GWG in dem Stadtteil „Halle-Neustadt“ anzumieten.
 - b. Zur Finanzierung ist durch die GWG ein Sozialfonds einzurichten, der einen angemessenen Umfang von vergünstigtem Wohnraum gewährleistet. Im

ersten Jahr sind hierfür zunächst 100.000 Euro einzustellen.

- c. Auf Basis der durch den Sozialfonds verfügbaren Mittel erarbeitet die GWG eine Zielgröße für einen stabilen Bestand von Wohnungen mit flexibler Mietpreis- und Belegungsbindung in dem oben genannten Stadtteil.
 - d. Für die im Rahmen des Konzepts belegungsgebundenen Wohnungen wird der Mietpreis pro qm auf eine Brutto-Kaltmiete abgesenkt, die sich z. B. am durch die Stadt bewilligten KdU-Richtwert orientiert. Für den Bindungszeitraum verzichtet die GWG auf Mieterhöhungen und begrenzt sie nach dessen Ablauf in einer festzulegenden Übergangsfrist.
 - e. Die individuelle Notwendigkeit der Mietpreis- und Belegungsbindung ist nach einem festzulegenden Intervall zu prüfen und Berechtigungen sind gegebenenfalls fortzuschreiben oder aufzuheben.
 - f. Die GWG erarbeitet gemeinsam mit der Stadtverwaltung eine koordinierte Vorgehensweise, auf deren Basis eine zielgruppengerechte Information und Vermittlung von Wohnungen an berechnigte Personen stattfinden kann.
 - g. Die Wirkung des Gesamtkonzeptes ist jährlich zu evaluieren.
3. Das erarbeitete Konzept ist dem Stadtrat bis zur Sitzung im **September** 2016 vorzulegen und vor seiner Umsetzung erneut durch die Gesellschafterversammlung zu beschließen.

**zu 4.3 Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/01733**

Präsentation im Session hinterlegt

Herr Stäglin führte in die Thematik ein. Die Vorlage wird in mehreren Lesungen behandelt. Alle Fraktionen können bis zum 18.05.2016 Fragen einreichen, die dann in der Sitzung am 26.05.2016 beantwortet werden. Herr Stäglin schlug den 21.06.2016 als zusätzlichen Ausschusstermin für eine eventuell dritte Lesung vor.

Herr Lange sagte, dass der Zeitplan extrem eng ist. Er fragte, für welche Fördermittel das ISEK relevant ist.

Herr Stäglin sagte, dass nicht in jedem Fachausschuss zwei Lesungen stattfinden sollen. Fragen können im Hauptausschuss ebenfalls noch gestellt werden. Das ISEK ist für die EFRE Förderung relevant. Das Land möchte den Antrag bis 30.06.2016. Sollte dies nicht geschafft werden muss man mit dem Landesverwaltungsamt nochmal reden.

Herr Lange sagte, dass die Zeitkette versucht werden sollte.

Herr Bernstiel fragte, ob es zum Verkehr und den Leitlinien Bürgergespräche gab.

Herr Stäglin antwortete, dass es keine konkreten Gespräche zu dem Thema gab aber in den anderen Bürgergesprächen der Verkehr immer als Thema dabei war.

Herr Dr. Meerheim schlug vor, dass alle Fachausschüsse vor diskutieren und der Stadtentwicklungsausschuss als letzter abschließend berät. Da wäre eine dritte Lesung günstig. Alle Änderungsanträge sollten zu dieser Sitzung nochmal vorgestellt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Krimmling-Schoeffler** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner: vertagt

Abstimmungsergebnis Stadträte : vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025 in der Fassung vom 04.03.2016 einschließlich der im ISEK integrierten Entwürfe des Stadtumbau- und des Demografiekonzeptes. Es ist ein städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB, welches Abwägungsgrundlage für Fachplanungen, mittelfristige Finanzplanungen, Grundlage für fördermittellorientierte Konzepte sowie Leitlinie für weiterführende Fachkonzepte bzw. teilräumliche Entwicklungskonzepte ist.
2. Der Entwurf des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025 ist öffentlich auszulegen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels
Vorlage: VI/2015/01296**

Herr Stäglin sagte, dass es einen Referentenentwurf gibt und eine Entscheidung des Bundes abgewartet werden sollte.

Der Antragsteller **Herr Bernstiel** vertagte den Antrag.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen qualifizierten Mietspiegel nach § 558 d BGB für die Stadt Halle (Saale) zu erstellen.

**zu 5.2 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Schaffung von Sozialwohnungen im Rahmen von Wohnungsbau- oder Sanierungsprojekten der HWG und GWG
Vorlage: VI/2015/01404**

Frau Winkler brachte den Antrag ein.

Herr Stäglin sagte, dass dies nicht für alle Projekte gelten sollte.

Frau Krimmling-Schoeffler bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner: enthalten

Abstimmungsergebnis Stadträte: mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

~~Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der HWG und GWG zu beschließen, dass ab sofort bei Wohnungsbau- und Sanierungsprojekten, mindestens 20 Prozent der vorgesehenen Wohneinheiten als Wohnraum mit sozialverträglichen Mieten (angelehnt an den Ansatz der Kosten der Unterkunft) vorgehalten werden.~~

Zur Reduzierung weiterer sozialer Entmischung (Gentrifizierung) in den Wohngebieten der Stadt Halle soll im Rahmen der Erarbeitung des wohnungspolitischen Konzeptes eine mögliche Verpflichtung der städtischen Wohnungsgesellschaften erwogen werden, bei Wohnungsbau- und Sanierungsprojekten angemessene Anteile der geplanten Wohneinheiten (zum Beispiel 20 Prozent) durch kostengünstige Ausstattung oder Fördermitteleinwerbung als Wohnraum mit sozialverträglichen Mieten (angelehnt an den Ansatz der Kosten der Unterkunft) zu schaffen.

**zu 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Erreichbarkeit des Zoos mit öffentlichen Verkehrsmitteln
Vorlage: VI/2016/01653**

Herr Feigl brachte den Antrag ein. Er forderte umweltfreundlicheres Handeln.

Herr Dr. Müller sagte, dass ein hoher Leerstand des jetzigen Parkhaus zurückzuführen auf den saisonalen Betrieb ist. An 10 % aller Besuchertage reicht die Kapazität des Parkhauses nicht aus. Dies ist meistens der Fall wenn mehr als 2200 Besucher in den Zoo kommen. Aufgrund der Baumaßnahme der Burg fällt der Parkplatz in der Seebener Str. weg, der von den Zoobesuchern genutzt wurde.

Herr Bernstiel ärgerte sich über den Antrag, da eine Zookonzeption erstellt wurde um mehr Besucher auch von außerhalb in den Zoo nach Halle zu bekommen.

Herr Hopfgarten empfahl, zuerst die Machbarkeitsuntersuchung abzuwarten.

Herr Lange sagte, dass der Zeitpunkt für den Antrag zu früh ist. Nichtsdestotrotz sollte

versucht werden, dass Hallenser mehr die Straßenbahn nutzen.

Herr Feigl sagte, dass er den Antrag nicht zu früh findet und er ein anderes Handeln erwartet wenn das Klimaschutzkonzept ernst genommen wird.

Dr. Müller sagte, dass derzeit geprüft wird, wie die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver gemacht werden können.

Herr Lux stimmte dem Vorschlag eines Kombitickets zu und gab die Anmerkung, dass das Park & Ride in Trotha sehr gut angenommen wird.

Herr Feigl bat um eine EinzelpunktAbstimmung.

Frau Krimmling-Schoeffler bat um Abstimmung.

EinzelpunktAbstimmung

1. Die Verwaltung prüft gemeinsam mit der Zoo Halle GmbH und der HAVAG die Einführung eines Kombitickets (ÖPNV- plus Zooticket) vergleichbar mit dem Angebot der Stadt Leipzig.

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträte: einstimmig zugestimmt

2. Der Stadtrat spricht sich gegen die Errichtung eines Parkhauses auf dem Gelände des Parkplatzes in der Emil-Eichhorn-Straße aus.

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner: einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträte: mehrheitlich abgelehnt

3. Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister an, im Aufsichtsrat des Zoos gegen die weitere Verfolgung des Parkhausprojektes zu stimmen.

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner: einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträte: einstimmig abgelehnt

Beschlussempfehlung:

4. Die Verwaltung prüft gemeinsam mit der Zoo Halle GmbH und der HAVAG die Einführung eines Kombitickets (ÖPNV- plus Zooticket) vergleichbar mit dem Angebot der Stadt Leipzig.
5. Der Stadtrat spricht sich gegen die Errichtung eines Parkhauses auf dem Gelände des Parkplatzes in der Emil-Eichhorn-Straße aus.
6. Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister an, im Aufsichtsrat des Zoos gegen die weitere Verfolgung des Parkhausprojektes zu stimmen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Information zum Sachstand Neue Förderprogramme:

Präsentation im Session hinterlegt.

GRW-Förderung touristische Infrastruktur

zu 7.2 EFRE Förderung

Präsentation im Session hinterlegt.

zu 7.3 Wettbewerb Zukunftsstadt

Präsentation im Session hinterlegt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Lange zur Muldestr./ Begonienstr.

Herr Lange fragte, ob es was neues zur Muldestr./ Begonienstr. gibt.

Herr Stäglin sagte, dass für die Muldestr. Derzeit eine Beschlussvorlage erarbeitet wird.

zu 8.2 Herr Feigl zum Stand soziale Stadt

Herr Feigl fragte, nach dem Stand der Thematik soziale Stadt, da das Peisnitzhaus dringend Geld benötigt. Wie ist da der Zeitplan.

Herr Stäglin sagte, dass sich dies noch in der internen Abstimmung befindet und mit Hochdruck gearbeitet wird.

zu 8.3 Herr Bernstiel zum Wassertourismus

Herr Bernstiel fragte, ob es sich bei dem Förderprogramm Wassertourismus um das Projekt handelt, bei dem schon mehrere Millionen beantragt wurden.

Herr Stäglich sagte, dass es sich um das Thema handelt, welches in der Beigeordnetenkonferenz kurz behandelt wurde und was beantragt werden soll. Es gibt dazu noch Abstimmungen.

Herr Bernstiel fragte weiter, ob die Idee, dass die Paddelbote am Wehr im Mühlgraben fahren können und nicht umgetragen werden müssen, vom Tisch ist oder noch verhandelt wird.

Herr Stäglich sagte, dass beim Thema Mühlgraben noch eine Machbarkeitsstudie läuft. Es ist noch nicht sicher, ob dies die letzte Variante ist. Bei Antragsstellung wird dies erst klar sein.

zu 9 Anregungen

Anregungen wurden nicht gegeben.

Frau Krimmling-Schoeffler beendete den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschuss für Stadtentwicklung.

Anja Krimmling-Schoeffler
Ausschussvorsitzende

Jenny Dautermann
stellvertretende Protokollführerin